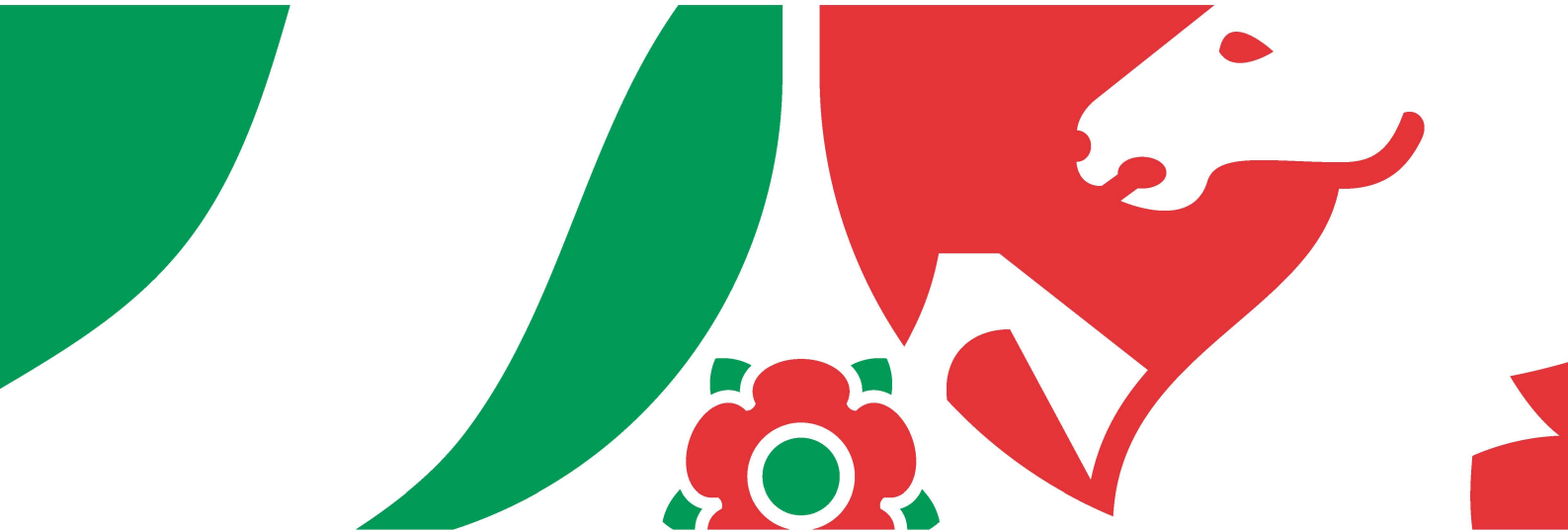




LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2363

Alle Abg



Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2020

Einzelplan 03

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03	2
1 Einnahmen	3
2 Ausgaben	4
2.1 Gesamtausgaben	4
2.2 Personalausgaben	6
2.3 Sachausgaben	7
3 Personalhaushalt	9
3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben	9
3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen	9
3.3 Kw-Vermerke	11
3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	13
II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln	15
03 010 Kapitel Ministerium	16
03 020 Kapitel Allgemeine Bewilligungen	18
03 110 Kapitel Polizei	19
03 130 Kapitel Deutsche Hochschule der Polizei	22
03 310 Kapitel Fünf Bezirksregierungen	23
03 320 Kapitel Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW	27
03 350 Kapitel Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW	29
03 710 Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung	30
03 750 Kapitel Institut der Feuerwehr NRW	31
03 810 Kapitel Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	33
03 900 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	34
03 910 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibe- hörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinter- bliebenen	35

I.

Überblick

über den

Einzelplan 03

Der vorliegende Erläuterungsband bezieht sich auf den Entwurf des Haushaltsplans 2020¹.

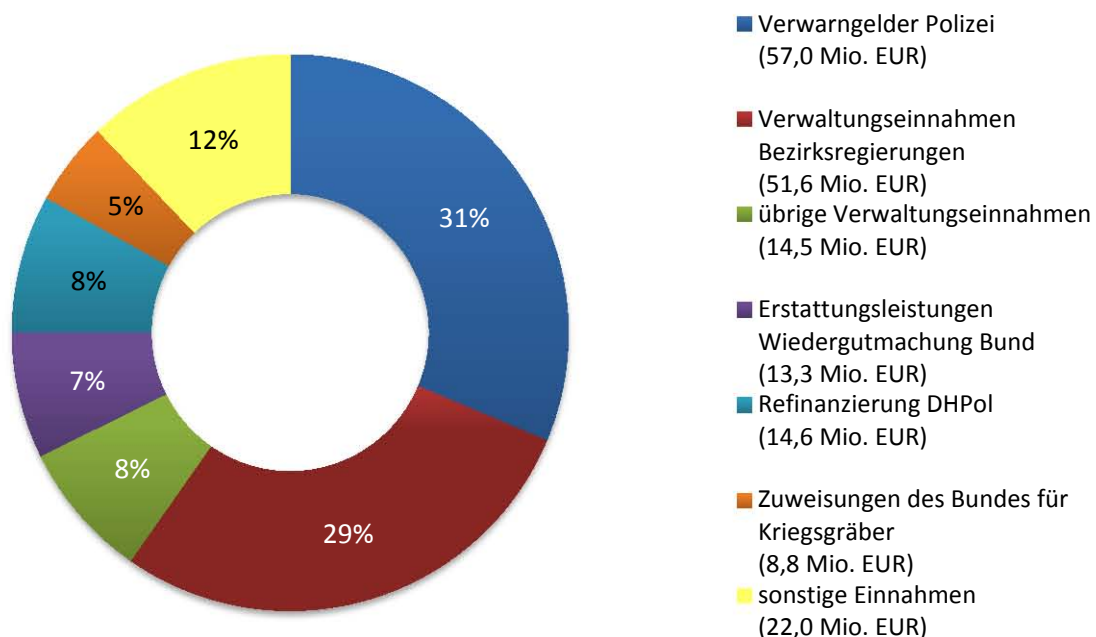
1 Einnahmen

Die Gesamteinnahmen sinken gegenüber dem Vorjahreshaushalt um 5,9 Mio. EUR auf nunmehr 181,8 Mio. EUR. Grund dafür sind hauptsächlich in 2020 nicht mehr zu vereinnahmende Erstattungen der Kosten für die Durchführung der Europawahl 2019 (-17,0 Mio. EUR in Kap. 03 010).

Dem gegenüber werden Mehreinnahmen erzielt. So werden Einnahmen aus dem Bereich Glücksspielwesen und Glücksspielaufsicht i.H.v. insgesamt etwa 3,0 Mio. EUR erwartet. Für die neu eingerichtete Notruf-App sind Mehreinnahmen durch Erstattungen i.H.v. 0,8 Mio. EUR veranschlagt. Verkäufe von Kraftfahrzeugen des IdF werden etwa 0,7 Mio. EUR Mehreinnahmen generieren. Die Einnahmen durch die Erstattung von Verwaltungskosten bei der neu eingerichteten „Zentralen Stelle gem. Pflegeberufegesetz“ werden etwa 0,5 Mio. EUR betragen.

Die übrigen Einnahmen bewegen sich in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die **Einnahmestruktur des Einzelplans**:



¹ Die Einnahmen und Ausgaben sind auf ein oder zwei Stellen hinter dem Komma gerundet.

2 Ausgaben

2.1 Gesamtausgaben

Das Ausgabevolumen 2020 beträgt **6.204,1 Mio. EUR**, wobei sich die Ansätze der Ausgaben im Einzelplan insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 346,55 Mio. EUR erhöhen.

Gesamtausgaben	2020 Mio. EUR	2019² Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	6.204,10	5.857,55	346,55	5,92
• Personalausgaben	4.922,25	4.624,95	297,30	6,43
• Sächliche Verwaltungsausgaben	837,67	791,41	46,26	5,85
• Zuweisungen und Zuschüsse	112,34	122,73	-10,38	-8,46
• Baumaßnahmen und Investitionen	370,09	347,7	22,39	6,44
• Besondere Finanzierungsausgaben	-38,25	-29,23	-9,02	-30,86

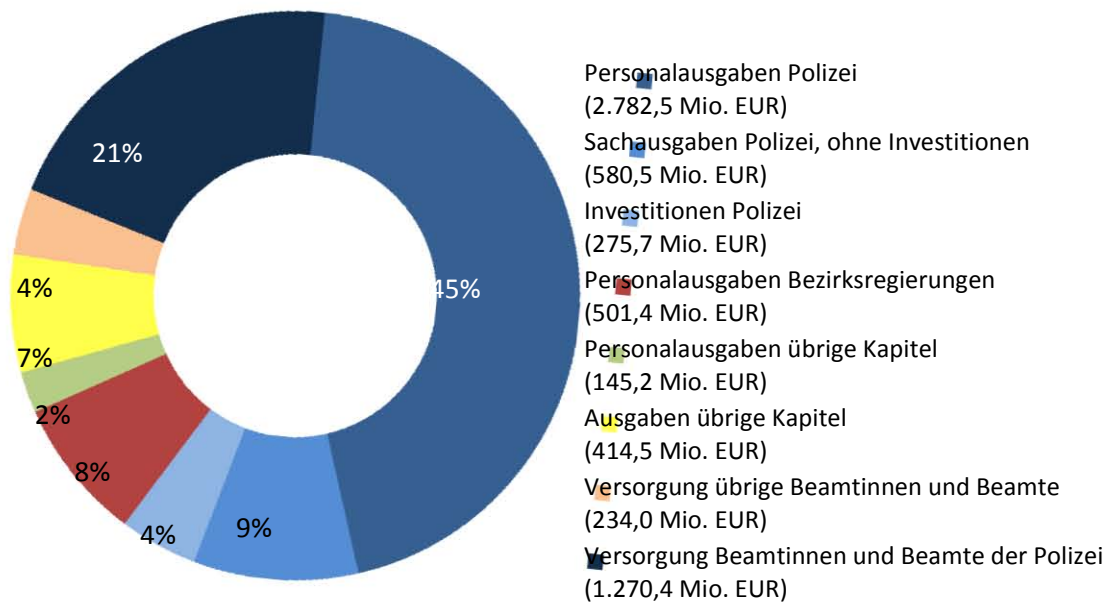
Die Personalausgaben (siehe Nr. 2.2) erhöhen sich dabei um 297,3 Mio. EUR.

Sowohl bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) als auch bei den Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8) sind, prozentual gesehen, moderate Anstiege von 46,26 Mio. EUR (5,85%) bzw. 22,39 Mio. EUR (6,4%) zu verzeichnen. Bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 6) ergibt sich ein Rückgang von etwa 8 Prozent, der u.a. darauf zurückzuführen ist, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Kostenerstattung an die Gemeinden für die Durchführung der Europawahl 2019 mehr zum Tragen kommt (vgl. Rückgang der Einnahmen aufgrund desselben Sachverhalts).

Im Haushalt 2020 ist eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,7 Mio. EUR zu erbringen.

² Hier: Ausgabensoll 2019 inklusive unterjähriger Umsetzungen nach § 50 Abs. 1 LHO sowie Verlagerungen

Die nachstehende Grafik zeigt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur des Einzelplans (6.204 Mio. EUR)**.



Den mit Abstand größten Ausgabenblock stellen die Ausgaben für die Polizei dar. Allein 45 Prozent der Gesamtausgaben sind Personalausgaben der Polizei. Gemeinsam mit den Sachausgaben der Polizei (9%), den Ausgaben für Investitionen der Polizei (5%) und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte der Polizei (20%) sind unmittelbar etwa 79 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans der Polizei zuzurechnen. Hinzu kommen mittelbar Ausgaben für Sach- und Personalmitel im Bereich der FHöV, die als Ausbildungsinstitut u.a. für Polizeibeamtinnen und -beamte einen maßgeblichen Anteil ihrer Ausgaben für die Ausbildung des Polizeinachwuchses einsetzt. Hinzu kommt der vom Land NRW zu tragende Anteil der Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei (0,2%).

Bei den übrigen Ausgabenblöcken des Einzelplans sind insbesondere die Personalausgaben der Bezirksregierungen mit etwa 8 Prozent der Gesamtausgaben zu erwähnen. Die Ausgaben aller übrigen Kapitel machen zusammen etwa 7 Prozent der Gesamtausgaben aus.

2.2 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind 297,3 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalhaushalt	2020 Mio. EUR	Anteile in v.H.	2019³ Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	4.922,25	100,0	4.624,95	297,3	6,4
• Polizei	2.782,48	56,5	2.622,75	159,73	6,1
• Versorgung	1.493,18	30,3	1.376,89	116,3	8,45
• Bezirksregierungen	501,37	10,2	488,68	12,69	2,1
• Ministerium	76,02	1,5	73,11	2,91	4,0
• Fachhochschule für öff. Verwaltung	44,54	0,9	40,21	4,33	10,8
• DHPol	10,78	0,2	10,33	0,45	4,3
• Feuerschutz und IdF	9,6	0,2	9,1	0,51	5,7
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	4,26	0,1	3,88	0,38	9,8

In allen Kapiteln des Einzelplans steigen die Personalausgaben. Ein Teil dieser Steigerungen ist auf die Tarif- und Besoldungserhöhung zurückzuführen. Die größte prozentuale Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren die Ausgaben in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, die unmittelbare Folge aus der Entscheidung zu Mehreinstellungen und -ausbildung der Polizei sind. Die Ausgaben der Aus- und Fortbildungseinrichtungen (Institut für öffentliche Verwaltung NRW, Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern) steigen durch die Schaffung von insgesamt vier neuen (Plan)-Stellen im Verwaltungsbereich. Ebenfalls deutlich erhöhen sich die Versorgungsausgaben, die an die erhöhten Ist-Ausgaben und die voraussichtliche Entwicklung angepasst werden. Die Personalausgaben der Polizei steigen gegenüber dem Vorjahr um über 159,7 Mio. EUR. Maßgebliche Positionen im Personalhaushalt neben der erwähnten Tarif- und Besoldungserhöhung sind hauptsächlich durch die weitere Umsetzung von Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag begründet. Hierzu zählen insbesondere die Einstellung von 500 Regierungsbeschäftigten zur Entlastung von Polizeivollzugspersonal, die Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren sowie die erneute Einstellung von 2.500 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern. Aber auch die Einrichtung neuer (Plan)-Stellen, u.a. zur Terror- und Kriminalitätsbekämpfung sowie zur Umsetzung von Maßnahmen zur Digitalisierung der Polizei, wirken ansatzerhöhend.

Mit dem Haushalt 2020 werden im Zuge der dezentralen Abbildung von Aufwänden und Erträgen im Rahmen von EPOS.NRW die Beihilfen aus dem Kapitel 03 020 in

³ Hier: Ausgabensoll 2019 inklusive unterjähriger Umsetzungen nach § 50 Abs. 1 LHO sowie Verlagerungen.

die jeweiligen personalführenden Kapitel verlagert. Die Kapitel 03 130 und 03 750 sind davon ausgenommen, da die dezentrale Veranschlagung dort bereits besteht.

2.3 Sachausgaben

Sachhaushalt⁴	2020 Mio. EUR	Anteil in v.H.	2019⁵ Mio. EUR	+/-	+/- in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.281,86	100,0	1.232,61	85,34	7,1
• Polizei	856,15	66,8	793,35	62,8	7,9
• Bezirksregierungen	184,02	14,4	182,6	1,43	0,8
• Ministerium	84,76	6,6	102,80	-18,04	-17,6
• Feuerschutz und IdF	93,86	7,3	90,32	3,54	3,9
• Wiedergutmachung	34,99	2,7	38,79	-3,80	-9,8
• Fachhochschule für öff. Verwaltung	27,47	2,1	26,3	1,17	4,5
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	12,76	1,0	9,74	3,02	31,0
• Allgemeine Bewilligungen	9,44	0,74	9,44	0,00	0,00
• Versorgung	11,18	0,9	8,61	2,57	29,9
• DHPol	9,98	0,8	3,20	6,78	211,9
• Globale Minderausgabe	-42,75	-3,3	-32,53	-10,23	31,4

Im Ministerium ist die erhebliche Absenkung der Ausgaben auf die Absetzung der Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Europawahl 2019 (-17,0 Mio. EUR) sowie die Absetzung der fachbezogenen Pauschale für Pass- und Dokumentenprüfgeräte (-1,7 Mio. EUR) zurückzuführen.

Die Steigerungen bei der Polizei sind insbesondere durch die Erneuerung und Verbesserung der IT-Ausstattung (27,5 Mio. EUR) sowie die Betriebskosten für die neuen Smartphones (25,7 Mio. EUR) begründet. Hinzu kommen der Beitrag NRW für das Bund/Länder-Digitalisierungsprogramm „Polizei 2020“ (11,2 Mio. EUR), die Steigerung sonstiger sächlicher Verwaltungsausgaben, insbesondere für den technischen Betrieb der verbesserten IT-Ausstattung (10,8 Mio. EUR), sowie Sanierungsmaßnahmen polizeilicher Liegenschaften (5,4 Mio. EUR). Für den Digitalfunk sind Minderausgaben in Höhe von rund 9 Mio. EUR vorgesehen.

Die erhebliche Steigerung der Sachausgaben bei der DHPol ist auf dringend erforderliche Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen der Liegenschaft in Münster-Hiltrup zurückzuführen (6,3 Mio. EUR).

⁴ „Sachausgaben“ umfassen sämtliche Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 9.

⁵ Hier: Ausgabensoll 2019 inklusive unterjähriger Umsetzungen nach § 50 Abs. 1 LHO sowie Verlagerungen.

Bei den Bezirksregierungen entstehen Mehrausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften des Fiskus (u.a. Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen von Liegenschaften, 7,7 Mio. EUR), der Erweiterung der Haftplätze in der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige in Büren (0,5 Mio. EUR) sowie Sanierungskosten für Sickerwasserschächte der Sonderabfalldéponie Ochtrup (2 Mio. EUR).

Mehrausgaben bei den Aus- und Fortbildungseinrichtungen sind durch notwendige technische Arbeiten, den Austausch von Möbeln und Seminartechnik sowie gestiegene Mieten in der Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern in Herne begründet.

Die Steigerung der Sachausgaben bei der FHöV ist vor allem auf den beabsichtigten Neubau der Abteilung Gelsenkirchen zurückzuführen.

Bei den Sachausgaben in den Versorgungskapiteln wurden die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Im Kapitel Feuerschutz- und Hilfeleistung steigen die Sachausgaben in Höhe von 0,6 Mio. EUR, da sich die beabsichtigte Ersatzbeschaffung der Feuerlöschboote weiterhin verzögert und daher Wartungs- und Instandsetzungskosten für die bisherigen Boote anfallen. Zudem sind 1,1 Mio. EUR für die Durchführung der Imagestrategie „Stärkung der freiwilligen Kräfte im Katastrophenschutz“ vorgesehen.

Die Steigerung der Sachausgaben beim Institut der Feuerwehr NRW ist auf die gestiegene Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren zurückzuführen. Aus diesem Grund entstehen Mehrausgaben für externe Lehrgänge (1,0 Mio. EUR) und die Errichtung neuer Übungsobjekte (0,8 Mio. EUR). Außerdem werden für den Erwerb von Technik, Software und Ausstattung Mehrausgaben i.H.v. 0,95 Mio. EUR erwartet.

3 Personalhaushalt

3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben

Ausgaben für aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten (Hauptgruppe 4 abzüglich Versorgungskapitel) ergeben sich per Saldo um 181,0 Mio. EUR erhöhte Ansätze. Ein wichtiger Grund für diese Steigerung ist die Besoldungs- und Tarifierhöhung sowie die Einrichtung neuer Stellen. Etwa 88 Prozent der Erhöhung, dies entspricht 159,7 Mio. EUR, sind der Polizei zuzuordnen.

Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Die Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit sowie aufgrund steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Ministeriums der Finanzen berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.493,18 Mio. EUR um 116,3 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen

Stellenbestand

Gegenüber dem vorherigen Haushalt (58.440) stehen mit 59.719 per Saldo 1.279 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **1.717** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht, denen
- **438 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Umsetzung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2020	2019	Saldo	Neu	davon mit kw-Befruchtung
Einzelplan, hiervon	59.719	58.440	+1.279	1.717	599
• Polizei	49.570	48.401	+1.169	1.386	549
• Bezirksregierungen	8.118	8.095	+23	223	34
• Ministerium	1.125	1.112	+13	34	16
• Fachhochschule	571	509	+62	62	0
• Institut der Feuerwehr	154	147	+7	7	0
• DHPol	113	112	+1	1	0
• Aus- und Fortbildung	68	64	+4	4	0

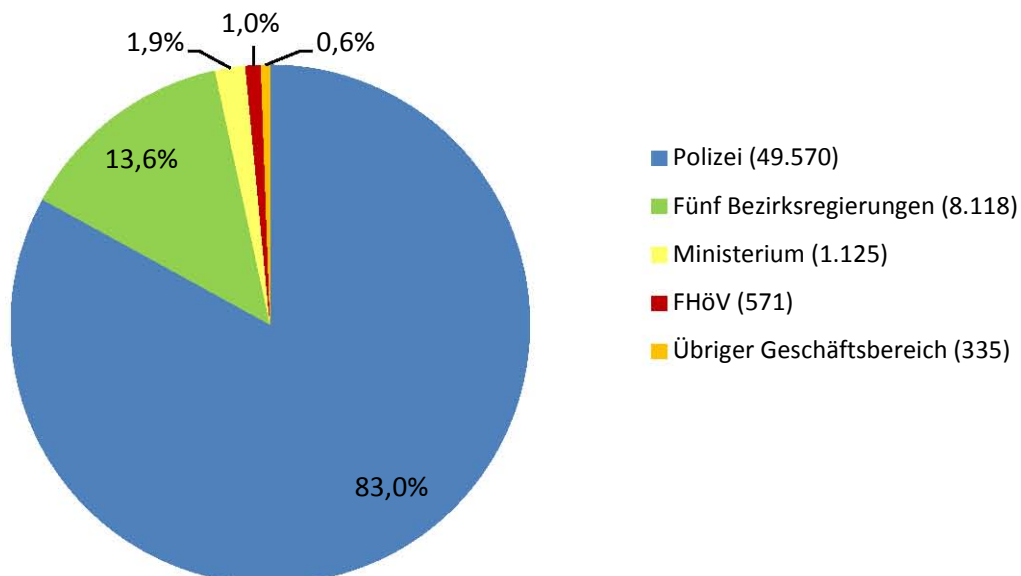
Das Stellen-Soll 2020 erhöht sich von 58.440 auf 59.719. Das Soll für 2019 berücksichtigt die Umsetzung von einer Stelle aus EPI 03 nach EPI 10 sowie 50 Plan-(Stellen) aus EPI 11 nach EPI 03 gemäß § 50 LHO NRW.

Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind 1.717 **neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Die Zuordnung der Planstellen und Stellen zu den einzelnen Kapiteln des Einzelplans ist in den jeweiligen Abschnitten in Teil II des Erläuterungsbands dargelegt.

Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:



3.3 Kw-Vermerke

Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der kw-Vermerke insgesamt von 1.142 um 205 auf 1.347 gestiegen. Hierbei sind:

- 320 kw-Vermerke realisiert,
- per Saldo vier kw-Vermerke in andere Einzelpläne umgesetzt,
- 70 kw-Vermerke gestrichen, hiervon:
 - Zwei im Ministerium (Vorbehalts-kw, einnahmefinanziert) und
 - 68 bei den Bezirksregierungen (Vorbehalts-kw, einnahmefinanziert)
- 599 kw-Vermerke neu ausgebracht, hiervon:
 - 16 im Ministerium; Qualifizierungsklasse
 - 549 bei der Polizei; Übernahmestellen
 - 34 bei den Bezirksregierungen; 21 DigitalPakt Schule, 13 KInvFöG

Es ergeben sich im Einzelnen folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kw-Vermerke	2020	2019	Realisiert	Um- gesetzt	Gestri- chen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	1.347	1.142	320	-4	-70	599	205
• Polizei	1.094	761	-223	7	-	549	333
• Bezirksregierungen	200	320	-87	1	-68	34	-120
• Ministerium	52	60	-10	-12	-2	16	-8
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-

Bei der Polizei sind 549 Planstellen zur Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren neu etatisiert und mit Fälligkeit zum 31.12.2020 kw gestellt.

Im Kapitel der Bezirksregierungen entfallen insgesamt 87 Planstellen und Stellen durch die Realisierung von kw-Vermerken, davon entfällt der überwiegende Anteil von 56 kw-Vermerken auf den Asylbereich. 21 Planstellen und Stellen werden für den Digitalpakt Schule und 13 für das Kommunalinvestitionsfördergesetz (KInvFöG) neu etatisiert.

Im Ministerium sind 16 neue Stellen für die Qualifizierungsklasse mit einem kw-Vermerk versehen. Zehn Planstellen und Stellen entfallen durch die Realisierung von kw-Vermerken.

Ferner werden im Ministerium sowie bei den Bezirksregierungen insgesamt 70 Vorbehalts-kw-Vermerke gestrichen, da die Grundlagen für den Vorbehalt entfallen sind.

Die Umsetzung von vier kw-Vermerken steht in Verbindung mit Stellen für die Qualifizierungsklasse.

Fälligkeiten der kw-Vermerke

Die nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten der kw-Vermerke gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	unter Vorbehalt	Persone-gebunden	2020	2021	2022	2023	2024	2025 ff.
Einzelplan, hiervon	1.347	37	16	571	525	20	80	39	59
• Ministerium	52	-	-	2	-	6	28	16	-
• Polizei	1.094	-	16	553	500	12	13	-	-
• DHPol	1	1	0	-	-	-	-	-	-
• Bezirksregierungen	200	36	0	16	25	2	39	23	59

3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die Einstellungsermächtigungen und Planstellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Polizei, Allgemeiner Verwaltungsdienst und spezielle Laufbahnen) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehende Gesamtübersicht veranschaulicht die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2020	2019
Einzelplan		3.284	3.054
• 03 110	Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter	2.500	2.500
• 03 110	Regierungsinspektoranwärterinnen und -inspektoranwärter in der Polizei	63	0
• 03 310	Verwaltungsreferendarinnen und -referendare	20	10
• 03 310	Regierungsvermessungsreferendarinnen und -referendare	59	59
• 03 310	Verwaltungsinformatikerinnen und -informatiker	36	0
• 03 310	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	17	13
• 03 310	Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter	340	200
• 03 310	Vollzugsoberssekretäranwärterinnen und -anwärter	12	13
• 03 310	Regierungssekretäranwärterinnen und -anwärter	46	49
• 03 310, TG 70	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	19	22
• 03 310, TG 71	Umweltreferendarinnen und -referendare	16	8
• 03 310, TG 71	Umweltobersinspektoranwärterinnen und -anwärter	38	31
• 03 310, TG 72	Referendarinnen und Referendare der Landespflege	6	6
• 03 310, TG 74	Gewerbereferendarinnen und -referendare	15	10
• 03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	50	80
• 03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwärterinnen und -anwärter	24	30
• 03 310, TG 75	Bergreferendarinnen und -referendare	7	7
• 03 750	Brandreferendarinnen und -referendare	8	8
• 03 750	Brandoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	8	8

TG 70: Agrarverwaltung; TG 71: Umweltverwaltung; TG 72: Naturschutzverwaltung; TG 74: Arbeitsschutz; TG 75: Bergverwaltung.

Zur Gewinnung von mehr Polizei für Vollzugsaufgaben wurden die Einstellungszahlen bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 auf 2.300 und dem Haushalt 2019 auf 2.500 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter erhöht. Um die hohe Zahl der unterjährig ausscheidenden Polizeibeamtinnen und -beamten künftig nicht nur zeitnah kompensieren zu können, sondern schnellstmöglich auch eine Erhöhung der Personalstärke der Polizei zu erreichen, wird dieses Einstellungsniveau beibehalten. Dies ist notwendig, da derzeit davon ausgegangen werden muss, dass die Belastung der Polizei in NRW, nicht zuletzt wegen der allgemeinen Terrorlage sowie den wachsenden Aufgaben bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität und der Kinderpornografie, weiter ansteigt.

Die Zahl der Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektoranwärterinnen und -inspektoranwärter steigt deutlich um insgesamt 203 an. Während in den Bezirksregierungen künftig zusätzlich 140 Regierungsinspektoranwärterinnen und -inspektoranwärter ausgebildet werden, wird erstmals auch die Polizei selbst 63 Regierungsinspektoranwärterinnen und -inspektoranwärter ausbilden, um die hohen Bedarfe in den Behörden zu decken.

Ebenso erhöht sich die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) gegenüber dem Haushaltsjahr 2019 um 42 auf 377. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 5 im Ministerialkapitel, 101 bei der Polizei, 253 bei den Bezirksregierungen, davon 36 in der Titelgruppe 70 – Agrarverwaltung, 5 beim Institut für öffentliche Verwaltung, 10 bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und 3 beim Institut der Feuerwehr.

II.

Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	835	227	568	40	-	820	+15
Stellen	290	10	79	178	23	292	-2
Gesamt	1.125	218	643	224	23	1.112	+13
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	2	-2
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	6	-6

Im Ministerium werden 34 neue Planstellen und Stellen geschaffen. Weitere Veränderungen ergeben sich durch Umsetzung von Planstellen und Stellen sowie die Realisierung von kw-Vermerken.

Im Einzelnen werden zur Stärkung der Inneren Sicherheit 15 neue Plan-/Stellen eingerichtet, davon eine Planstelle für die Stabsstelle „Kinderpornografie“.

Ferner erhöhen drei Planstellen zur Umsetzung des Projektes „Notruf-App“ das Stellensoll.

Zusätzlich werden 16 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten mit kw-Vermerk zum 31.12.2024 eingerichtet. Die Stellen werden den aufnehmenden Behörden/Einrichtungen längstens bis zum 31.12.2024 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab dem 01.01.2025 sind die Angestellten dann auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

Ein weiterer Plan-/Stellenzuwachs erfolgt durch die Umsetzung einer Planstelle aus dem Kapitel „Fünf Bezirksregierungen“ für die Landesvertretung in Berlin.

Die ursprünglich bis zum 31.12.2019 befristete Umsetzung einer Planstelle für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Amri“ aus dem Kapitel „Polizei“ wird bis zum 31.12.2021 verlängert.

Dagegen führen die Umsetzung von zwölf Stellen für Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen sowie die Realisierung von zehn kw-Vermerken zu einer Verringerung des Stellen-Solls.

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	14.103.000	29.739.800	-15.636.800	-52,6
Ausgaben	160.778.700	175.912.400	-15.133.700	-8,6
• Personalausgaben	76.018.400	73.109.100	+2.909.300	+4,0
• Sachausgaben	84.760.300	102.803.300	-18.043.000	-17,6

Die Einnahmen verringern sich insbesondere aufgrund der Absetzung der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Europawahl im Saldo um rund 15,6 Mio. EUR, da die Zahlungen für die Europawahl 2019 abgeschlossen sind.

Einnahmesteigerungen sind u.a. bei den Ansätzen für die Erstattungen der Kosten für das Projekt „Notruf-App“ durch die beteiligten Länder sowie bei den Kosten für die Dienstbezüge der aus der Feuerschutzsteuer finanzierten Planstellen veranschlagt.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Tarif- und Besoldungserhöhung.

Im Saldo verringern sich die Sachausgaben um rund 18,0 Mio. EUR. Wesentliche Einzelpositionen sind die Absetzung der Erstattungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Europawahl (-17,0 Mio. EUR) und die Absetzung der fachbezogenen Pauschale für Pass- und Dokumentenprüfgeräte (-1,7 Mio. EUR).

Dagegen sind für die Umsetzung des Projektes „Notruf-App“ (+0,6 Mio. EUR) und die Durchführung von Personalgewinnungsmaßnahmen (+0,7 Mio. EUR) steigende Ansätze vorgesehen.

Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- Kostenerstattung Durchführung der Europawahl (-17,0 Mio. EUR)
- Ausstattung der Meldebehörden mit Dokumentenprüfgeräten (-1,7 Mio. EUR)
- Einmalinvestitionen im IT- und Liegenschaftsbereich (-1,4 Mio. EUR)
- Sonstige Zuweisungen an Länder (-0,3 Mio. EUR)
- Durchführung von Personalgewinnungsmaßnahmen (+0,7 Mio. EUR)
- Projekt „Notruf-App“ (+0,6 Mio. EUR) - überwiegend einnahmefinanziert
- Verfassungsschutz (+0,3 Mio. EUR)
- Vorbereitung der kommenden Kommunalwahlen (+0,3 Mio. EUR)

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	0	0	0	0,0
Ausgaben	-33.316.800	-23.091.500	-10.225.300	44,3
• Personalausgaben	-	-	-	
• Sachausgaben	-33.316.800	-23.091.500	-10.225.300	44,3
davon Globale Minderausgabe	-42.752.800	-32.527.500	-10.225.300	31,4

Das Kapitel 03 020 ist im Zuge der Umstellung des Einzelplans 03 auf EPOS.NRW bereits weitgehend aufgelöst. Mit dem Haushalt 2020 besteht das Kapitel lediglich noch aus einem Verstärkungstitel für Instandhaltungen und den Soforthilfen zur Milderung von Notständen durch Elementarereignisse sowie der Globalen Minderausgabe.

Die Ansätze für Beihilfen werden in die jeweiligen personalführenden Kapitel verlagert und sind damit dezentral veranschlagt.

Im Haushalt 2020 ist eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,7 Mio. EUR zu erbringen, die um 10,2 Mio. EUR (31,4%) erhöht wurde.

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	41.320	748	40.572	-	-	40.893	+427
Stellen	8.250	101	2.985	4.797	367	7.508	+742
Gesamt	49.570	849	43.557	4.797	367	48.401	+1.169

<i>ATZ-Planstellen</i>	1	-	1	-	-	1	+/-0
<i>ATZ-Stellen</i>	0	-	0	0	-	7	-7
<i>Vorbereitungsdienst</i>	7.363 ⁶	-	7.363	-	-	7.100	+263
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	-

Bei den Planstellen werden 220 kw-Vermerke zum 31.12.2019 planmäßig realisiert (nicht mehr erforderliche Übernahmestellen für ausgebildete Kommissarinnen und Kommissare). Ein weiterer Abgang resultiert aus einer Umsetzung in das Kapitel der Bezirksregierungen.

Im Tarifbereich ist ein befristeter Zugang von insgesamt sieben Stellen aus dem Ministerialkapitel durch Umsetzungen von Stellen der Qualifizierungsklasse LQ 22 zu verzeichnen.

Daneben sieht der Haushaltsentwurf folgende neue Planstellen und Stellen für die genannten Aufgaben vor:

- 640 Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren, davon 549 Planstellen mit kw-Vermerk
- 500 Regierungsbeschäftigte zur Entlastung von Polizeivollzugspersonal gemäß Koalitionsvertrag
- 86 Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung
- 57 Digitalisierung der Polizei
- 55 Operative Stärkung der Terrorbekämpfung
- 36 Konsequenzen aus der Entscheidung zu Mehreinstellungen und -ausbildung bei der Polizei
- 11 Beteiligung der Polizei NRW am bundesweiten Programm "Polizei 2020"
- 1 Sicherstellung der polizeiärztlichen Aufgabenerfüllung

⁶ Hiervon werden bei Bedarf 200 Stellen im Haushaltsvollzug 2020 eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	66.609.500	66.609.500	-/-	0,0
Ausgaben	3.638.634.500	3.416.093.100	222.542.400	6,5
• Personalausgaben	2.782.481.000	2.622.746.700	159.734.300	6,1
• Sachausgaben	856.153.500	793.346.400	62.807.100	7,9

Einnahmen

Es sind keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr veranschlagt.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Tarif- und Besoldungserhöhung.

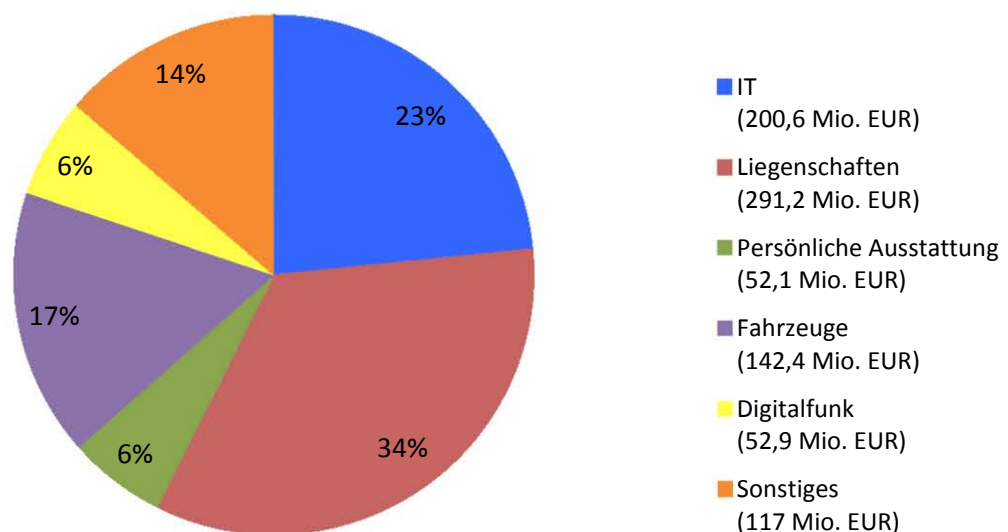
Sachhaushalt

Für die Sachausgaben werden im Haushaltsjahr 2020 insgesamt 856,2 Mio. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen übersteigt den Vorjahreswert um 62,8 Mio. EUR. Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- IT-Ausstattung
Zusätzliche 27,5 Mio. EUR sind veranschlagt um die IT-Ausstattung zu erneuern und zu verbessern. Insbesondere die Hard- und Software zur Auswertung von Massendaten zur Bekämpfung von Kinderpornografie und Terrorismus werden verstärkt. Ergänzend dazu ist die Einführung einer verfahrensübergreifenden Analyseplattform geplant. Darüber hinaus soll die Infrastruktur im Bereich der Netze und Rechenzentren erneuert bzw. ausgebaut werden. Des Weiteren wird der Bereich der mobilen Endgeräte und der vorhandenen Apps weiter gestärkt.
- Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
Der Mehrbedarf i.H.v. 25,7 Mio. EUR bei diesem Ansatz ist insbesondere auf die Betriebskosten für die neuen Smartphones der Polizeibeamtinnen und -beamten zurückzuführen.

- Polizei 2020
Daneben investiert das Land in das Programm „Polizei 2020“. Es zielt auf die Harmonisierung der IT-Lösungen der Polizeien des Bundes und der Länder und wird die länderübergreifende Kooperation verbessern. Hierfür entsteht ein Mehrbedarf i.H.v. 11,2 Mio. EUR.
- Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben
Als Folge der verbesserten polizeilichen IT-Ausstattung steigt auch der Ansatz für sonstige sächliche Verwaltungsausgaben um etwa 10,8 Mio. EUR. Vor allem Kostensteigerungen sowie die Folgekosten der erneuerten und verbesserten IT-Ausstattung und zusätzlicher Softwareanwendungen (Herstellungsbetreuung für den technischen Betrieb der Basisinfrastruktur sowie Herstellungsbetreuung für polizeiliche Fachverfahren und polizeiliche Sondertechnik) führen zu diesem Mehrbedarf.
- Liegenschaften
Zur Finanzierung dringender Vorhaben im Bereich der polizeilichen Liegenschaften sind rund 5,4 Mio. EUR ansatzverstärkend vorgesehen. Zusätzliche Bedarfe ergeben sich aus notwendigen Sanierungsmaßnahmen baulich abgängiger Gebäude oder Neuanmietungen. In diesem Zusammenhang werden auch Mittel für die Ausstattung von neuen Dienststellen nach Um- bzw. Neubaumaßnahmen bereitgestellt.
- Digitalfunk TG 61k
Die Ansätze sinken aufgrund der Verschiebung von Anschaffungen in die nächsten Haushaltsjahre um 9,1 Mio. EUR.

Sachausgaben (856,2 Mio. EUR)



Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	35	19	13	3	-	34	+1
Stellen	78	12	10	39	16	78	-
Gesamt	113	31	23	42	16	112	+1

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	17.677.000	11.579.700	6.097.300	52,7
Ausgaben	20.756.800	13.530.800	7.226.000	53,4
• Personalausgaben	10.776.500	10.330.600	445.900	4,3
• Sachausgaben	9.980.300	3.200.200	6.780.100	211,9

Die Finanzierung der DHPol wird gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Abkommens über die Deutsche Hochschule der Polizei vom Bund und von den Ländern gemeinsam getragen.

Im Personalhaushalt wird eine Planstelle (A 12) für die neue Haushaltssteuerung geschaffen. Darüber hinaus führt die Besoldungs- und Tariferhöhung zu höheren Personalausgaben.

Den Schwerpunkt bei den Sachausgaben bildet die dringend erforderliche Sanierung mehrerer Gebäude der Liegenschaft in Münster-Hiltrup. In diesem Zusammenhang entstehen Ausgabenaufwüchse für größere Unterhaltungsarbeiten in Höhe von rund 2,3 Mio. EUR und für größere Baumaßnahmen in Höhe von 4 Mio. EUR. Zur Fortsetzung der Arbeiten in den Folgejahren sind Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt eingestellt. Zusätzliche Sachkosten entstehen für die jährliche Stabsübung der Studierenden, die, anders als in den Vorjahren, von der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz nur noch gegen Kostenerstattung durchgeführt wird.

Der Haushaltsentwurf sieht außerdem bei den Ausgaben für drittmittelfinanzierte Projekte eine Erhöhung um insgesamt 324.900 EUR vor, denen in gleicher Höhe zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	4.801	1.252	2.763	781	5	4.682	+119
Stellen	3.317	71	1.500	1.708	38	3.413	-96
Gesamt	8.118	1.323	4.263	2.489	43	8.095	+23
Davon							
Stammkapitel	5.228	926	2.388	1.862	52	5.212	+16
Titelgruppen gesamt	2.890	397	1.875	627	-9	2.883	+7
TG 60 (Entmunitionierung)	88	7	46	35	-	91	-3
TG 63 (Zust. Stelle gem. Pflegeberufegesetz)	50	10	30	10		50	-
TG 65 (UfA Büren)	105	4	9	92	-	99	+6
TG 70 (Agrarverwaltung)	369	37	212	120	-	379	-10
TG 71 (Umweltverwaltung)	983	183	741	68	-9	981	+2
TG 72 (Naturschutzverw.)	57	17	38	2	-	55	+2
TG 74 (Arbeitsschutzverw.)	602	65	398	139	-	576	+26
TG 75 (Bergverwaltung)	78	25	47	6	-	80	-2
TG 76 (vormals Förderstelle integrative Beschulung)	7	-	1	6	-	8	-1
TG 77 (vormals Landesstelle Schulsport)	1	-	-	1	-	1	-
TG 80 (Vermessung/Kataster)	337	38	217	82	-	350	-13
TG 81 (Kompetenzzentrum Integration)	54	3	16	35	-	54	-
TG 83 (Landessammelstelle für radioaktive Abfälle)	5	-	2	3	-	5	-
TG 84 (Versorgungsverw.)	154	8	118	28	-	154	-
ATZ-Planstellen	-	-	-	-	-	2	-2
ATZ-Stellen	-	-	-	-	-	8	-8
Vorbereitungsdienst	1.512	214	1010	194	-	1.265	+247
Auszubildende	275	-	-	-	-	233	+42

Im Kapitel der Bezirksregierungen werden mit dem Haushaltsentwurf 2020 insgesamt 223 neue Planstellen und Stellen geschaffen. Weitere Veränderungen ergeben sich u.a. durch Verlagerungen von Planstellen und Stellen, der Realisierung von kw-Vermerken sowie der Absetzung von 160 Planstellen und Stellen. Die neuen 223 Planstellen und Stellen verteilen sich wie folgt:

- 33 Neue Stellen für die Stärkung der Arbeitsschutzverwaltung (MAGS)
- 23 Neue Planstellen für gestiegene Anforderungen an Zulassungsverfahren und zur Umsetzung der neuen LegionellenVO (MULNV)
- 21 Neue Planstellen für DigitalPakt Schule, kw-Vermerk zum 31.12.2024 (MSB)

- 18 Neue Stellen für LEA Bochum (MKFFI)
- 15 Neue Planstellen Umsetzung Strukturwandel Rheinisches Revier (MWIDE)
- 13 Neue Planstellen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, kw-Vermerk zum 31.12.2023 (MHKBG)
- 13 Neue Planstellen Netzentwicklungspläne Gas und Strom (MWIDE)
- 10 Neue Planstellen und Stelle für UfA Büren (MKFFI)
- 8 Neue Stellen Flugsicherheit EU-VO 216 aus 2008 (VM)
- 8 Neue Planstellen für Geschäftsprüfungen im Wohngeldbereich (MHKBG)
- 8 Neue Planstellen für Planfeststellungsverfahren (VM)
- 8 Neue Planstellen LAKI Förderung Integration (MKFFI)
- 7 Neue Planstellen für die Abrechnung von Bundesfinanzmitteln im Bereich Städtebauförderung (MHKBG)
- 6 Neue Planstellen Ausweitung Risikomanagement Altbergbau (MWIDE)
- 6 Neue Planstellen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (IM)
- 5 Neue Planstellen für die Aufsicht im Bereich Glückspielwesen (IM)
- 5 Neue Planstellen für die Förderung nach der „Förderrichtlinie Mobilitätsmanagement“ (VM)
- 5 Neue Planstellen Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen bei Großraum- und Schwertransportern (VM)
- 3 Neue Planstellen und Stelle zur Förderung der Reproduktionsmedizin (MKFFI)
- 2 Neue Stellen Luftsicherheit (VM)
- 2 Neue Planstellen Raumordnerische Planung "Kohlekommission" (MWIDE)
- 2 Neue Planstellen Unternehmensflurbereinigungen (MULNV)
- 1 Neue Stelle für das Gewerbeserviceportal Einheitlicher Ansprechpartner NRW (MWIDE)
- 1 Neue Planstelle für die Zentrale Fachstelle Öffentliche Bibliothek (MKW)

Die Anzahl der beabsichtigten Neueinstellungen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst erhöht sich um 167 auf 705 Einstellungsermächtigungen. Damit werden 2020 insgesamt 1.512 Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst bei den Bezirksregierungen eingestellt sein.

Aussagen zu den kw-Vermerken bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter Nr. 3.3.

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	62.211.000	57.765.300	4.445.700	7,7
Ausgaben	685.393.200	671.275.200	14.118.000	2,1
• Personalausgaben	501.372.600	488.679.600	12.693.000	2,6
• Sachausgaben	184.020.600	182.595.600	1.425.000	0,8

Die Einnahmen erhöhen sich um rund 4,4 Mio. EUR.

Durch die Neueinrichtung der Zentralen Stelle gemäß § 26 Abs. 6 S. 1 Pflegeberufegesetz kommt es zu Einnahmen aus Erstattungen der Verwaltungskosten (+0,5 Mio. EUR).

Weiterhin werden neue Einnahmetitel für die Erhebung von Gebühreneinnahmen aus der Wahrnehmung länder einheitlicher Verfahren im Rahmen der Glücksspielaufsicht (+0,44 Mio. EUR) sowie Erstattungen anderer Länder für die Wahrnehmung länder einheitlicher Verfahren im Rahmen der Glücksspielaufsicht (+0,26 Mio. EUR) geschaffen.

Die Gebühreneinnahmen im Glücksspielwesen für die Konzessionsvergabe für Wettveranstalter erhöhen sich um 2,3 Mio. EUR.

Die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften des Fiskus und der Zuständigen Stelle gemäß § 26 Abs. 6 Pflegeberufegesetz sind nach Verlagerung aus den Einzelplänen 11 und 20 nun in diesem Kapitel veranschlagt.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Tarif- und Besoldungserhöhung.

Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Die Titelgruppen „Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften des Fiskus“ sowie „Verwendung der Einnahmen aus einer Erbschaft“ wurden aus den Kapiteln 20 610 und 20 630 in das Kapitel 03 310 verlagert und führen inklusive einer Zunahme an Auskehrungen an zunächst unbekannte Erben und die Inanspruchnahme von NRW.Urban sowie der Zunahme von Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen an problembehafteten Liegenschaften zu einer Veränderung des Sachhaushaltes i.H.v. +0,5 Mio. EUR.

- Kostensteigerungen bei der Unterbringung Ausreisepflichtiger in der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige in Büren, u.a. für Sicherheitspersonal und Beschaffung einer Haftraumkommunikationsanlage (+2,5 Mio. EUR).
- Ersatzvornahme gemäß § 56 Abs. 1 VVG, §§ 2 Abs. 4 i.V.m. 6 Abs. 4 ZustVU i.V.m. Anhang I der ZustVU: Sanierungskosten für Sickerwasserschächte der Sonderabfalldeponie Ochtrup (+2 Mio. EUR).
- Für das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS-System) sind weitere Haushaltsmittel vorgesehen (+0,9 Mio. EUR).
- Erstattungen an andere Länder in Zusammenhang mit der Wahrnehmung länderereinheitlicher Verfahren im Rahmen der Glücksspielaufsicht (+0,3 EUR).
- Verlagerung von Aus- und Fortbildungskosten für die Arbeitsschutzverwaltung in das Kapitel 11 035 (-0,5 Mio. EUR).

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 60 Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen

Stellenplan

Titelgruppe 60	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	9	2	7	-	-	9	-
Stellen	22	7	10	5	-	21	+1
Gesamt	31	9	17	5	-	30	+1

Die Anzahl der Planstellen im Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen bleibt in 2020 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die zusätzliche Stelle wird zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung im Landesprüfungsamt vor dem Hintergrund steigender Prüfungszahlen und weiterer Aufgaben durch die Einführung der Digitalisierung eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	94.600	94.600	0	0,0
Ausgaben	4.659.400	4.583.900	75.500	3,1
• Personalausgaben	1.936.300	1.808.300	+128.000	7,1
• Sachausgaben	2.723.100	2.775.600	-52.500	-1,9

Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich vor allem aus der Tarif- und Besoldungserhöhung sowie der oben genannten Änderung des Stellensolls. Zudem führt die geänderte Richtlinie über die Vergütung der Prüfungstätigkeiten zur Erhöhung der Ansätze.

Der Sachhaushalt reduziert sich in Summe um 52.500 EUR vor allem aufgrund der Verlagerungen und Anpassungen des Titels 525 60 an die Ist- und Planungsdaten.

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 61 Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW

Stellenplan

Titelgruppe 61	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	13	6	6	1	-	13	-
Stellen	24	1	13	10	-	21	+3
Gesamt	37	7	19	11	-	34	+3

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Anzahl der Stellen um drei zusätzliche Tarifstellen zum einen aufgrund der steigenden Veranstaltungszahlen sowie u.a. für die Umsetzung der zunehmenden Digitalisierung, die E-Government-Umsetzung und die Optimierung des Dozenten- und Ressourcenmanagements. Die Einrichtung dieser Stellen ist haushaltsneutral, da in gleicher Höhe Mittel im Sachhaushalt eingespart werden.

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	129.800	129.800	0	0,0
Ausgaben	12.355.700	9.036.200	+3.319.500	36,7
• Personalausgaben	2.323.700	2.076.100	+247.600	17,1
• Sachausgaben	10.032.000	6.960.100	+3.071.900	44,1

Die Erhöhung der Personalausgaben ergibt sich vor allem aus der Tarif- und Besoldungserhöhung sowie der oben genannten Änderung des Stellensolls.

Der Sachhaushalt steigt vor allem durch notwendige Restaurierungsmaßnahmen am Gebäude, die über einen neuen Mietvertrag mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb finanziert werden sollen. Dafür ist der Titel 518 61 um rund 3 Mio. EUR erhöht. Außerdem führt die Mietindexsteigerung zu einer weiteren Erhöhung.

Zusätzlich erhöhen notwendige Renovierungen und Erneuerungen bereits abgeschriebener Ausstattung sowie die Anpassung an die Anforderungen gemäß Standard nach ASR 3a 2 „Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten“ den Titel 812 61 um 0,1 Mio. EUR.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Stellenplan

	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	424	349	67	8	-	367	+57
Stellen	147	5	39	103	-	142	+5
Gesamt	571	354	106	111	0	509	+62
<i>ATZ-Planstellen</i>	0	0	0	0	0	1	-

An der FHöV werden insgesamt 62 neue Planstellen und Stellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt.

Insgesamt werden 55 zusätzliche Planstellen für Lehrende geschaffen, um die Ausstattung mit hauptamtlichen Lehrkräften gemäß Akkreditierungskriterien den steigenden Studierendenzahlen anzupassen. Damit einhergehend werden zwei Planstellen sowie fünf Stellen in der Verwaltung neu eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	27.700	27.700	0	0
Ausgaben	72.011.200	66.503.800	+5.507.400	8,3
• Personalausgaben	44.539.900	40.205.500	+4.334.400	10,8
• Sachausgaben	27.471.300	26.298.300	+1.173.000	4,5

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich aus der bereits beschriebenen Ausweitung des Stellensolls sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung. Zudem führt die geänderte Richtlinie über die Vergütung der Prüfungstätigkeiten zur Erhöhung der Ansätze.

Bei den Sachausgaben ist der Anstieg vor allem auf die Anmietung zusätzlicher Räume sowie die Anschaffung der Erstausrüstung für die ansteigenden Studierendenzahlen zurückzuführen.

Insgesamt trägt die Anhebung der Ansätze in den Sachausgaben einem erhöhten Aufwand durch eine weiterhin steigende Studierendenzahl vor allem in der Polizei Rechnung. Außerdem führt die Mietindexsteigerung zu einer weiteren Erhöhung.

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	380.000	380.000	0	0,0
Ausgaben	78.453.000	75.232.000	+3.221.000	+4,3
• Personalausgaben	126.000	126.000	0	0,0
• Sachausgaben	78.327.000	75.106.000	+3.221.000	+4,3

Bei den Einnahmen ergeben sich keine Änderungen.

Bei den Sachausgaben steigen die Ausgaben für die Instandhaltung älterer Feuerlöschboote im Titel 514 01 um 0,6 Mio. EUR, da sich die Ersatzbeschaffung verzögert und daher Wartungs- und Instandsetzungskosten für die bisherigen Boote anfallen.

Eine weitere Ausgabensteigerung ergibt sich bei den geplanten Ausgaben für die Imagestrategie "Stärkung der freiwilligen Kräfte im Katastrophenschutz". Großveranstaltungen wie der „Tag des Ehrenamts“ oder auch der „Katastrophenschutztag“, werden das Engagement der ehrenamtlichen Kräfte hervorheben. Der Titel 541 00 wird hierzu um 1,1 Mio. EUR verstärkt.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (Titel 883 10) errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von rund 101 Mio. EUR abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt unter Einbeziehung der Einnahmen des Kapitels 03 710 rund 33,5 Mio. EUR. Dies sind rund 0,9 Mio. EUR mehr als der Vorjahresansatz. Ausgezahlt werden jedoch Zuschüsse in voraussichtlicher Höhe von 38 Mio. EUR. Der Differenzbetrag wird durch verfügbare Ausgabereste getragen.

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW

Stellenplan

	2020	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2019	+/-
Planstellen	107	34	65	8	-	103	+4
Stellen	47	2	15	22	8	44	+3
Gesamt	154	36	80	30	8	147	+7
<i>Vorbereitungsdienst</i>	32	16	16	-	-	32	-
<i>Auszubildende</i>	12	-	-	-	-	12	-

Insgesamt werden sieben neue Stellen für das Institut der Feuerwehr NRW eingerichtet: Vier Planstellen für neue Lehrprodukte und die Koordinierung (LG 2.1) sowie jeweils eine Stelle für die Weiterentwicklung des Medienzentrums (LG 2.2), die Stärkung der IT-Sicherheit (LG 2.1) sowie zur Stärkung des Geschäftszimmers der Teilnehmerverwaltung (LG 1.2).

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.093.000	1.349.000	744.000	55,2
Ausgaben	25.020.000	24.189.000	831.000	3,4
• Personalausgaben	9.488.500	8.974.100	514.400	5,7
• Sachausgaben	15.531.500	15.214.900	316.600	2,1

Bei den Einnahmen sind aufgrund der geplanten Veräußerung von Fahrzeugen 0,7 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr.

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die oben genannten Änderungen im Stellenplan.

Beim Sachhaushalt erhöht sich der Ansatz, da das Institut der Feuerwehr seine Kapazitäten ausbaut, um die steigende Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren bedienen zu können.

Die externen Qualifikationsmodule für hauptamtliche Gruppenführer (HA GF - früher B III) werden gemäß neuer Vereinbarung für die Ausbildungsjahre 2018 bis 2021 von acht auf insgesamt zehn Lehrgänge erhöht. Die Kosten werden je Modul mit insgesamt 0,15 Mio. EUR kalkuliert. Zusätzlich zu diesen acht Modulen sind zwei weitere mit jeweils 0,7 Mio. EUR Kosten anzusetzen.

Außerdem soll erstmals ein Lehrgang zum Brandschutztechniker angeboten werden. Die Aufwendungen für externe Lehrgänge (Titel 546 10) steigen deshalb nochmals um rund 1 Mio. EUR an.

Zur Errichtung neuer Übungsobjekte wird der Titel 717 00 eingerichtet und mit 0,8 Mio. EUR ausgestattet.

Der Titel 711 01 für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten wird hingegen um 0,5 Mio. EUR gesenkt; ebenso der Titel 716 00 für bauliche Strukturoptimierung des IdF NRW um 0,4 Mio. EUR.

Der Titel für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 811 01 wird um 1,7 Mio. EUR gesenkt und der Titel für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen 812 00 um 1,0 Mio. EUR für Neu- und Ersatzbeschaffungen vor allem von Technik, Software und Ausstattung verstärkt.

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	13.308.500	14.949.600	-1.641.100	-11,0
Ausgaben	34.989.500	38.785.100	-3.795.600	-9,8

Die Erstattungen von Entschädigungslasten durch den Bund werden aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im Sachhaushalt werden die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfängerinnen und Empfänger im Ausland an die voraussichtliche Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.698.800	2.674.900	+23.900	0,9
Ausgaben	233.964.000	216.968.600	+16.995.400	7,8
• Personalausgaben	230.052.500	213.884.800	+16.167.700	7,6
• Sachausgaben	3.911.500	3.083.800	+828.200	26,8

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung.

Die durch die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Instituts der Feuerwehr NRW entstehenden Ausgaben (Kapitel 03 750) sind in den Deckungskreis der zweckgebundenen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer einbezogen. Gleiches gilt für die in den Kapiteln 03 010 und 03 310 für Aufgaben der Gefahrenabwehr etatierten Planstellen.

Im Sachhaushalt wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizei- behörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2020	2019	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.476.400	2.452.400	+24.000	1,0
Ausgaben	1.270.404.400	1.168.534.800	+101.869.600	8,7
• Personalausgaben	1.263.131.600	1.163.004.200	+100.127.400	8,6
• Sachausgaben	7.272.800	5.530.600	+1.742.200	31,5

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung ermittelt.

Bei den Sachausgaben sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

